

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

22. Februar – 28. Februar 2025

Drei Tage nach seinem Wahlsieg wurde Friedrich Merz von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Mittwoch, dem 26. Februar, zu einem vertraulichen Gespräch im Élysée-Palast empfangen. Schon am Wahlabend hatte Macron den deutschen Wahlsieger nach Paris eingeladen. Bei dem Treffen standen die deutsch-französischen Beziehungen sowie das Verhältnis zu den USA im Mittelpunkt. Beide Seiten zeigten sich offen für eine engere Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Verteidigung und Handelspolitik und haben einen „Neustart“ der deutsch-französischen Beziehung vereinbart. Macron sprach von einem „historischen Moment“, während Merz seine Bereitschaft zur Annäherung an Frankreich betonte.

Emmanuel Macron hat sich am Montag, dem 24. Februar in Washington mit Donald Trump getroffen, um Europa stärker in die Verhandlungen zum Ukraine-Krieg einzubinden. Während des Gesprächs zeigte sich Trump offen für eine Waffenruhe und kündigte ein Treffen mit Wolodymyr Selenskyj an, um den Zugang zu ukrainischen Rohstoffen zu sichern. Macron unterstützte grundsätzlich Trumps Dialog mit Putin, betonte aber, dass Russland der Aggressor sei und dass eine Friedenslösung nicht eine „Kapitulation“ der Ukraine vor Russland bedeuten dürfe. Ein weiteres Thema war Macrons Vorschlag, europäische Truppen zur Friedenssicherung einzusetzen, unterstützt von den USA. Trump behauptete, Putin habe dieser Idee zugestimmt. Dennoch blieben Differenzen bestehen, insbesondere in der Darstellung der Kriegsverantwortung und der finanziellen Unterstützung der Ukraine.

In einem Interview am 27. Februar bestätigte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu, dass Frankreich seit Oktober 2024 mit der Ukraine über den Abbau wertvoller Rohstoffe verhandelt. Die Rohstoffe sollen für französische Waffensysteme verwendet werden. Der Bedarf bestehe „nicht für das nächste Jahr, sondern für die nächsten 30 oder 40 Jahre“, so Lecornu. Er fügte auch hinzu, dass es keine Frage sei, „dass wir versuchen, die Hilfe, die Frankreich Kiew geleistet hat, zurückzubekommen“. Damit würde sich der französische Ansatz von dem Donald Trumps unterscheiden, der über den Zugang zu „Selteneren Erden“ die Rückzahlung der US-Hilfe an die Ukraine seit der russischen Invasion im Februar 2022 einfordern will.

Der ehemalige Premierminister Michel Barnier kann sich einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten des bürgerlich-konservativen Lagers der *Républicains* und der Mitte-Parteien *Renaissance*, *Horizons* und *MoDem* für die Präsidentschaftswahlen vorstellen. Gerade gegenüber der extremen Rechten gelte das Credo: Je mehr Einheit, desto besser. Barnier hofft nun, dass der Kandidat der *Républicains* die Parteien zusammenführen und mit der Mitte zusammenarbeiten kann. Derzeit wird spekuliert, dass der derzeitige Innenminister Bruno Retailleau von den *Républicains* seinen Hut in den Ring werfen wird, da seine Popularitätswerte sehr hoch sind. Bisher hat jedoch nur der ehemalige Premierminister und *Horizons*-Gründer Édouard Philippe seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 offiziell verkündet.

Ein 37-jähriger Algerier, der unter Hausarrest stand, wurde wegen des islamistischen Terroranschlags vom 22. Februar in Mulhouse, bei dem eine Person getötet und sechs verletzt wurden, angeklagt und in Untersuchungshaft genommen. Er wird wegen Mordes, versuchten Mordes an einem Amtsträger und Gewalt gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Der Täter hatte zwei städtische Angestellte mit einem Messer angegriffen, dann einen 69-jährigen Passanten tödlich verletzt und schließlich Polizisten angegriffen. Laut Innenminister Bruno Retailleau war der Algerier 2014 illegal nach Frankreich eingereist. Frankreich habe 14 Mal um die Rücknahme des Täters gebeten, so Retailleau, doch 14 Mal habe sich Algerien geweigert, Passersatzpapiere auszustellen.

Der Anschlag von Mulhouse verschärft die Spannungen zwischen Paris und Alger, insbesondere im Hinblick auf die bilateralen Migrationsabkommen. Der französische Premierminister François Bayrou hat Algerien ein Ultimatum von vier bis sechs Wochen gesetzt, um Personen von einer von Paris festgelegten Ausweisungsliste zurückzunehmen. Sollte Algerien nicht kooperieren, könnten die bilateralen Verträge, insbesondere das Abkommen von 1968 in Frage gestellt werden. Dieses Abkommen gewährt algerischen Staatsbürgern besondere

Erleichterungen für ihren Aufenthalt in Frankreich, beispielsweise die Möglichkeit, sich in Frankreich medizinisch behandeln zu lassen. Die französische Regierung ist in ihrer Algerienpolitik gespalten. Mehrere Politiker fordern die Abschaffung der Abkommen, darunter Jordan Bardella (*Rassemblement National*) und Éric Ciotti (*Union des droites pour la République*). Andere, wie der ehemalige Premierminister Édouard Philippe, plädieren für eine Neuverhandlung. Außenminister Jean-Noël Barrot setzt auf Diplomatie und argumentiert, dass frühere Verschärfungen der französischen Haltung eher zu einem Rückgang der Abschiebungen als zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit Algerien geführt hätten.

Mohamed Amra, ein berüchtigter französischer Drogenbaron, wurde nach seiner Festnahme in Bukarest nach Frankreich ausgeliefert. Die Verhaftung des Drogenhändlers beendete eine neunmonatige internationale Fahndung, die begann, nachdem bewaffnete Angreifer im Mai letzten Jahres in der Normandie einen Gefangenentransport überfielen, um Amra zu befreien und dabei zwei Beamte töteten. Amra, bekannt als „Die Fliege“, wurde in der Nähe eines Einkaufszentrums in Bukarest entdeckt, obwohl er sich die Haare rot gefärbt hatte. Amra sitzt seit Dienstagabend im Gefängnis Condé-sur-Sarthe (Normandie) in Haft und unterliegt einem besonders strengen Isolationsregime. Dieses soll als Modell für das zukünftige verschärfte Haftregime dienen, das dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt wird, erklärte Justizminister Gérald Darmanin.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Staatsrat **Jean Maïa** wurde von Staatspräsident Emmanuel Macron als Leiter der Hohen Behörde für die Transparenz des öffentlichen Lebens ernannt (HATVP). Die Hohe Behörde ist für die Entgegennahme, Prüfung und Veröffentlichung der Vermögens- und Interessenerklärungen bestimmter öffentlicher Amtsträger in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung zuständig. Sie kann von der Steuerverwaltung zu Fragen der Berufsethik und zu Interessenkonflikten im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Amtes konsultiert werden und auf Ersuchen des Premierministers oder auf eigene Initiative Empfehlungen aussprechen. Maïa ist derzeit Generalsekretär des Verfassungsrates. Die Präsidentin der Nationalversammlung und der Präsident des Senats werden mit dem Ernennungsvorschlag befasst, damit die zuständigen Ausschüsse des Senats und der Nationalversammlung dazu Stellung nehmen können. Nur eine qualifizierte Mehrheit von drei Fünfteln der Abgeordneten könnte die Ernennung verhindern.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	4	7
0	2	8
5	3	6
7	4	9
9	8	2
2	0	1
6	2	5
1	6	2
9	8	4
2	0	1

7.40

Aufgrund der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2025 wird die Solidaritätssteuer auf Flugtickets (TSBA) erhöht. Diese Abgabe, auch als „Chirac-Steuer“ bekannt, wird auf den Ticketpreis erhoben und steigt abhängig von der Flugdistanz: Je weiter das Reiseziel entfernt ist, desto höher fällt die Steuer aus. Zudem variiert der Zuschlag je nach Ticketklasse. In der Economy Class steigt die Steuer von € 2,63 auf € 7,40 für alle Inlandsflüge sowie Flüge innerhalb Europas. Für Mittelstreckenflüge (unter 5.000 Kilometer) erhöht sie sich auf € 15, während sie für Langstreckenflüge (über 5.000 Kilometer) € 40 beträgt. Diese Erhöhung könnte auch für Reisende gelten, die ihre Tickets bereits erworben haben. Einige Fluggesellschaften, darunter Transavia, haben angekündigt, dass sie von Passagieren, die ihre Reisen bereits bezahlt haben, eine zusätzliche Gebühr verlangen werden.